

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir dürfen unserem Gegner nichts schenken

CDU und CSU werden sich mit einem gemeinsamen Regierungs- und Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 27. September stellen.

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat im Anschluß an die erste Vorstandssitzung nach der Osterpause auf einer Pressekonferenz am 20. April seine Entschlossenheit bekräftigt, das Programm, wie das auch in der Vergangenheit immer der Fall war, gemeinsam mit der CSU zu formulieren und und dabei diejenigen Akzente zu berücksichtigen, die für die bayerischen Landtagswahlen – 14 Tage vor der Bundestagswahl – eine Rolle spielen.

Grundlage der gemeinsamen Arbeit von CDU und CSU ist nach den Worten des Bundeskanzlers der erste Diskussionsentwurf für ein Zukunftsprogramm, der am 3. April vorgestellt worden ist. Der Parteivorstand hat noch einmal ausdrücklich Wolfgang Schäuble und der gesamten Programm-Kommission für die Arbeit gedankt.

Helmut Kohl: Wir sind der Auffassung, daß dies ein guter Entwurf ist. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß noch über dieses oder jenes Detail gesprochen werden muß.

Die programmatische Arbeit sei ein wichtiger Bestandteil des gemeinsamen Wahlkampfes der



Für einen starken Euro Helmut Kohl

Generalsekretär Peter Hintze: Nach der Entscheidung der Staats- und Regierungschefs am 2./3. Mai über den EURO wollen wir mit einer bundesweiten Aktion die Rolle des Bundeskanzlers als wichtigen Architekten der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa und als Garant für die Stabilität des EURO herausstellen. Ich habe die Bitte an Sie, die Kampagne mit vollen Kräften zu unterstützen. Als aktuelles Aktionsplakat stellt Ihnen die Bundesgeschäftsstelle das Motiv „Für einen starken EURO – Helmut Kohl“ in DIN A 1 und DIN A 0 zu Verfügung. ■

Fortsetzung auf Seite 3

Kurz & gut

Früher wieder in Arbeit

Seit dem 2. April hat Deutschland die größte Internet-Stellenbörse der Welt. Vorteil für Unternehmer: Stellenausswahl direkt vom Schreibtisch aus und rund um die Uhr. Vorteil für Arbeitnehmer: besserer Überblick über die Angebote, schnellere Vermittlung und früher wieder in Arbeit.

Auch weiterhin Sonderwohngeld

Von der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung des Sonderwohngelds Ost kann auch dann Gebrauch gemacht werden, wenn die angestrebte Einigung mit den Ländern über eine Wohngeldnovelle nicht zustande kommt. Die ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten haben eine entsprechende Zusage der Bundesregierung begrüßt.

9 Prozent mehr Lehrstellen

verzeichnet der Deutsche Industrie- und Handeltstag im ersten Quartal dieses Jahres. Bis Ende März sind 64.580 Verträge abgeschlossen worden; gut 9 Prozent mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Bei diesem Start kann die von DIHT-Präsident Hans Peter Stihl für 1998 gegebene Zusage von rund 300.000 neuen Verträgen eingehalten werden.

Eine Beitragsbefreiung

für Kleingewerbetreibende mit besonders niedrigen Erträgen ist der Kernpunkt des neuen IHK-Gesetzes, das im Bundestag verabschiedet worden ist. Gleichzeitig werden die Industrie- und Handelskammern ermächtigt, die Zahl der beitragsbefreiten Unternehmen auf ein Drittel ihrer Mitglieder zu begrenzen, damit die für die Arbeit der Kammern notwendige finanzielle Basis erhalten bleibt.

Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt verfestigt sich

Im dritten Monat in Folge sind die Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Rückläufig ist auch die Zahl

der Kurzarbeiter sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern. Sie sank um rund 120.000. Zugunommen hat die Zahl der offenen Stellen:

Fast eine halbe Million bieten die Arbeitsämter in beiden Teilen Deutschlands an. Die in Ostdeutschland gestiegenen Arbeitslosenzahlen sind nicht

auf eine allgemein schlechte konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen, sondern auf die Probleme einer einzigen Branche, nämlich der Bauwirtschaft.

Gunnar Uldall, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Der Standort Deutschland hat den turn-around geschafft.

WIRTSCHAFTS

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
13**

"Neue Arbeitsplätze können wir nur schaffen, wenn wir unsere internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten. Deshalb brauchen wir zwingend die große Steuerreform."

Bundeskanzler Helmut Kohl

Zukunftsprogramm der CDU: Bauplan für die Brücke ins 21. Jahrhundert

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble als Vorsitzender der CDU-Programmkommission und CDU-Generalsekretär Peter Hintze haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 2. April im Bonner Konrad-Adenauer-Haus einen ersten Diskussionsentwurf für ein Zukunftsprogramm der CDU vorgestellt.

Das Papier dient als Grundlage für die Programmdiskussion innerhalb der CDU.

Hauptziele des Programms sind:

- Arbeit und Beschäftigung für alle,
- Weltgeltung für Innovationen "Made in Germany",
- eines der leistungsfähigsten Bildungssysteme der Welt,
- ein "schlanker", unbürokratischer Dienstleistungsstaat,
- ein Sozialstaat, der Solidarität ebenso wie Eigenverantwortung mobilisiert,
- eine neue Kultur der Selbständigkeit und der nachbarschaftlichen Hilfe,
- eine Erneuerung der sozialen Gemeinschaften und des ehrenamtlichen Engagements,
- ein freiheitlicher Rechtsstaat ohne Furcht vor Verbrechen,

- ein einiges und handlungsfähiges Europa,
- eine Welt mit weniger Krieg, weniger Hunger und Elend, weniger Umwelterstörung.

Wolfgang Schäuble betonte bei der Vorstellung des Zukunftsprogramms mit Nachdruck:

"Es geht uns darum, ein ehrliches Programm vorzulegen. Wir wollen nicht in einen Wettlauf um belanglose Beliebigkeiten eintreten. Wir wollen eine inhaltliche Debatte über die Zukunftsfragen unseres Landes führen. Das Programm ist in vieler Hinsicht eine Herausforderung. Manche Forderungen lesen sich sogar wie Zumutungen. Der Weg der Union ist anstrengend. Wir sind nicht der billige Jakob, der allen alles verspricht - und das auch noch umsonst."

Die Ergebnisse der Programmdiskussion werden in das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl am 27. September einfließen.

Anregungen und Änderungsvorschläge, die die Parteiliegierungen zu dem Papier machen werden, werden im Verlauf der weiteren Diskussion berücksichtigt. Am 30. April beschäftigt sich der Bundesvorstand mit dem Zukunftsprogramm-Entwurf.

Grundgesetzkonform

Einstimmig hat das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden von Prof. Dr. Hans Heinrich Rupp, Dr. Wilhelm Hanel, Dr. Wilhelm Nölling, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider und Dr. Dr. Joa-

chim Starbatty verworfen. In seiner Begründung stellt das Gericht fest, daß die Beschwerden "unbegründet" sind, und bestätigt damit das vorgesehene Verfahren zur Festlegung der Teilnehmer an der EURO-Zone.

Anders, aber gleichwertig

In Zukunft soll auch Fachhochschulabsolventen der Zugang zum Vorbereitungsdiens des höheren Dienstes eröffnet werden. Das hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion be-

schlossen. Begründung: FH-Ausbildung und Universitätsstudium sind unterschiedlich, aber "gleichwertig". Entsprechend könne auch die Promotion von FH-Absolventen nicht Zulassungsvoraussetzung sein.

Fortsetzung von Seite 1

Union. Denn sie schaffe wichtige Voraussetzungen für die Wahlentscheidung im September. Nach vielen Jahren der politischen Verantwortung für Deutschland sollten die Wählerinnen und Wähler auch über die Grundsatzentscheidungen Bescheid wissen, die in der nächsten Legislaturperiode zu treffen sind.

Es müsse klar sein, daß sich die vor uns liegenden Aufgaben nicht ohne Anstrengungen lösen lassen. Schließlich gehe es darum:

- unser Land konkurrenzfähig zu machen,
- die Wirtschaft auch nach der Einführung des Euro weiter auf Kurs zu halten und
- vor allem die Voraussetzungen für den Abbau von Arbeitslosigkeit in Ost und West zu schaffen.

Helmut Kohl: Wir haben alle Chancen, die Bundestagswahlen am 27. September zu gewinnen. Wir haben diese Chancen aber nur dann, wenn wir den Wahlkampf gemeinsam führen.

Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen, daß ihre Hoffnungen und Erwartungen bei uns gut aufgehoben sind, auch wenn wir dabei Dinge sagen, die sie vielleicht nicht gerne hören.

Helmut Kohl: Unsere Politik hat jedenfalls nichts mit den wohlfeilen Versprechungen zu tun, wie sie die SPD auf ihrem Leipziger Parteitag gemacht hat.

Dem politischen Gegner dürfe nichts geschenkt werden. Die Auseinandersetzung mit Rot-Grün werde ohne Zugeständnisse geführt, und auch zum Thema PDS soll gesagt werden, was die Wählerinnen und Wähler über die SED-Nachfolgepartei wissen müssen.

Helmut Kohl: Aus Umfragen wissen wir, daß bei allen Festlegungen, von denen wir hören, zum heutigen Zeitpunkt immer noch weit über 30 Prozent der Wähler unentschieden sind. Das ist ein beachtlicher Teil genau jener Wählerinnen und Wähler, die uns bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben und deren Vertrauen wir auch am 27. September wieder gewinnen können.

CDU und CSU setzen auf Sieg. Alle Spekulationen über eine große Koalition sind deshalb gegenstandslos. Im Bundesvor-

Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen, daß ihre Hoffnungen und Erwartungen bei uns gut aufgehoben sind.

stand herrschte Einigkeit: Das ist kein Modell für uns. Die SPD versucht mit dieser Diskussion die Ablehnung zu mildern, die Rot-Grün von weiten Kreisen der Wählerschaft entgegengebracht wird.

Dem Spitzenkandidaten der SPD werde es die Union nicht durchgehen lassen, weiterhin Medien-Show-Auftritte an die Stelle von Politik und Politikinhalt zu setzen und damit die wirklichen Grundentscheidungen, die in unserem Land notwendig sind, zu vernebeln.

Der Bundesvorstand hat schließlich einstimmig die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darum gebeten, für die Vorlagen und Beschlüsse zu stimmen, die die Bundesregierung zur Europäischen Währungsunion und zur Einführung des Euro vorgelegt hat.

Helmut Kohl: Die entscheidenden 14 Tage haben begonnen, in denen wir die Weichen für ein einiges Europa stellen, in dem auch unsere Enkel in Frieden und Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit leben können. ■

DGB macht Propaganda für Rot-Grün

Generalsekretär Peter Hintze hat die DGB-Kampagne als einseitige Propaganda für Rot-Grün massiv kritisiert. Mitgliedsbeiträge in Millionenhöhe würden auf eine Weise, die dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft widerspricht, eingesetzt und verschleudert.

Hintze unterstrich: Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und zur Standortsicherung vom Januar 1996 haben sich Bundesregierung, Gewerkschaften und die Vertreter von Wirtschaft und Handwerk gemeinsam auf das Ziel verständigt, die Arbeitslosigkeit zu halbieren und die Lohnnebenkosten zurückzuführen. Die von der CDU auf den Weg gebrachten Reformen dienen diesem gemeinsam formulierten Ziel. Gegen den massiven Widerstand der Sozialdemokraten wurden wichtige Teile des Reformprogrammes auch umgesetzt.

Das große Schlüsselprojekt Steuerreform mit einer massiven Entlastung von Arbeitnehmern und Unternehmen wird jedoch nach wie vor von der SPD-Mehrheit im Bundesrat blockiert. Ohne auch nur einen alternativen Gesetzentwurf vorzulegen, verweigert die SPD dem Zukunftsprojekt

Steuerreform zur Belebung der Wirtschaftskraft und zur Stärkung des Aufschwungs seine Zustimmung. Ohne eine große Steuerreform aber läßt sich das Ziel der Gewinnung neuer Arbeitsplätze in großer Zahl in Deutschland nicht verwirklichen.

Die DGB-Kampagne verschweigt diesen groben Verstoß der Sozialdemokraten gegen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Sie ist deshalb einseitig und unzulänglich und wird dem eigenen Anspruch nicht gerecht. Die DGB-Kampagnenmacher nehmen auch nicht zur Kenntnis, daß der Aufschwung kraftvoll einsetzt und im Westen Deutschlands bereits am Arbeitsmarkt spürbar ist. Bereits drei Monate in Folge lag die Arbeitslosigkeit im Westen unseres Landes unter dem Niveau der Vorjahresmonate – sie ist also tatsächlich gesunken. Auch ein Wachstum zwischen 2,5 Prozent und 3 Prozent in diesem Jahr, ein wahrer Export-Boom, eine steigende Investitionsnachfrage und ein anziehender Privatverbrauch bei gleichzeitig sinkenden Lohnstückkosten und extrem hoher Preisstabilität sind positive Zukunftssignale.

● Entwurf

Rupert Scholz zum CDU-Zukunftsprogramm: Das richtunggebende Politikkonzept für das nächste Jahrtausend. Seite 6

● Beschäftigung

Matthias Wissmann zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen: Licht am Ende des Tunnels. Seite 9

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: Trend nach oben bei den Lehrstellen. Seite 10

HEUTE AKTUELL

● Bundeswehr

Zielgruppe junge Männer optimal erreicht. Seite 14

● Baden-Württemberg

Sicherheitspolitik: Das Land ist auf richtigem Kurs. Seite 20

● Rheinland-Pfalz

Christoph Böhr: Die CDU öffnet ihren Parteitag einer breiten Öffentlichkeit. Seite 22

● Kurz & bündig

ARGUMENTE. Warum die SPD Deutschland nicht regieren kann. Seite 23

● Dokumentation

Die Kernbotschaft unseres Programms ist: Steuerentlastung. Matthias Wissmann stellt die Schwerpunkte der CDU-Wirtschaftspolitik vor. Grüner Teil

● UiD Extra

Den Wandel gestalten. Musterrede für den Wahlkampf 1998.

Steuer-Dschungel der SPD

Zu der Verabschiedung des Wahlprogramms auf dem Parteitag der SPD in Leipzig erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Replik:

Die Reformen der SPD im Bereich der Steuerpolitik verdienen diesen Namen nicht. Von einem Einstieg in eine große Steuerreform zu sprechen, ist Hohn, und die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke.

Eine umfassende Steuerreform, wie sie die Koalition beschlossen hat, bringt hingegen durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und eine dadurch mögliche deutliche Absenkung der Steuersätze über den gesamten Tarif neben einer Nettoentlastung auch eine deutliche Vereinfachung, damit ein Mehr an Transparenz und Gerechtigkeit und schafft die Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Das Rad soll wieder zurückgedreht werden

Die Vorschläge der SPD verdichten den Steuerdschungel und sind von Zielen wie Gerechtigkeit, Transparenz und Vereinfachung meilenweit entfernt. Eine Mindeststeuer macht das System noch komplizierter. Außerdem verstößt eine solche Steuer gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip. Auch die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer würde das Rad der Steuervereinfachung wieder zurückdrehen. Daneben verkennt der Vorschlag die Schwierigkeit der Abgrenzung von Privatvermögen und die Folgen: neue Steuersparmodelle und Kapitalflucht.

Die Vorschläge sind zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gänzlich ungeeignet. Arbeitsplätze entstehen dort, wo investiert wird. Investieren muß in Deutschland at-

traktiver gemacht werden. Zu diesem Zweck müssen die Steuersätze, denen die Unternehmensgewinne aus diesen Investitionen unterliegen, deutlich sinken. Dazu gehört eine Absenkung des Spitzensteuersatzes auf ein international vergleichbares Niveau.

Der linke Flügel der SPD, der das gesamte Wahlprogramm prägt, hat auch hier Regie geführt. Unterm Strich wird die Steuerlast der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren, steigen, denn nur im Unternehmensbereich wird die Abschaffung von Vergünstigungen konkretisiert. Den scheinbar modernen Worten der SPD folgen reale Verschlechterungen.

Scheinheilig, opportunistisch, gefährlich

Auch der Finanzierungsvorbehalt ist scheinheilig. Eine gute Steuerpolitik darf nicht von der Kassenlage abhängen. Die SPD handelt opportunistisch und gefährdet den Standort Deutschland. Sie täuscht ihre Wähler durch wohlklingende Worte. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die vorgeschlagenen Maßnahmen untauglich.

„Mit der Kraft des Faktischen“ und „mit der Wirklichkeit des Lebens“ wird die Einführung des EURO nach Auffassung von Helmut Kohl die Politische Union Europas „gewaltig voranbringen“. Sie werde eine „unglaubliche Anziehungskraft entwickeln“, äußerte der Bundeskanzler am 22. April in einer öffentlichen Sitzung der Bundestagsausschüsse für Finanzen und Angelegenheiten der Europäischen Union.

Rupert Scholz zum Zukunftsprogramm:

Das richtunggebende Politikkonzept für das nächste Jahrtausend

Der Programmentwurf setzt die richtigen Akzente für eine Politik der Zukunft, die dem Bürger innere Sicherheit gewährleistet, ihm aber zugleich mehr Freiraum zum Handeln und Wirtschaften überläßt und die notwendigen Reformen der Staatsorganisation annahmt.

1. Der unter der Federführung des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble von einer Programmkommission erstellte Diskussionsentwurf stellt wie kein anderes Wahlprogramm der Union jemals zuvor ein in sich geschlossenes Gesamtkonzept für eine neue politische Richtung dar. Insbesondere in den für die deutsche Innenpolitik existentiell wichtigen Bereichen der inneren Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, aber auch der für die Wirtschaftspolitik bedeutsamen Entbürokratisierung und Verschlanung der Staatstätigkeit und der Umsteuerungen im Staatsorganisationssystem wird ein neues Bild für Deutschland entworfen. Zugleich setzt es aber auch die wichtigen Akzente in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, indem es von einem auf Leistung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten, aber zugleich sozial abgesicherten Staatswesen ausgeht, das den Freiraum für individuell gestaltete Lebensentwürfe eröffnet.

2. Der Programmentwurf setzt zutreffend an einer Gesellschaftsordnung an, die im Inneren Sicherheit vor Kriminalität gewährleistet und damit Freiheit für den Bürger absichert. Die Bekämpfung der Kriminalität in ihren verschiedenen Formen und Organisationen der Alltags- und

Massenkriminalität, der Organisierten Kriminalität, der Kinder- und Jugendkriminalität, aber auch der Ausländerkriminalität ist eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben. Hier wird in dem Zukunftsprogramm den in den letzten Jahren von SPD und Grünen immer wieder propagierten Entkriminalisierungssillusionen und einer falsch verstandenen Toleranz gegenüber Rechtsbrechern und Gewalttätern eine klare Absage erteilt.

● Wer Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder Drogenmißbrauch entkriminalisieren will, kapituliert vor dem Verbrechen und berücksichtigt nicht das Sicherheitsinteresse und den Anspruch auf Sicherheit der Allgemeinheit. Er zeigt zugleich eine falsch verstandene Toleranz, die zu einer Erosion des Rechtsbewußtseins und zur Verwahrlosung und Kriminalisierung unserer Städte führt. Die berüchtigten und zugleich beschämenden Szenen bei den Chaostagen in Hannover sind hierfür der schlagende Beweis. In den Großstädten der Vereinigten Staaten ist dieser Fehler längst eingesehen worden und das Prinzip der „zero tolerance“ und des „community policing“ zu einem Riesenerfolg geworden. Dies wird nach dem Programmentwurf auch die Politik der Union sein: Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter.

● Dies betrifft zugleich und um so mehr auch die Bekämpfung der internationalen und Organisierten Kriminalität, die in Deutschland Drogenkartelle, Mafiabanden und Strukturen des pornographischen Menschenhandels aufbauen will. Hier darf es kein Pardon geben und muß der Staat mit den stärksten ihm zu Gebote stehen-

den Waffen zuschlagen. Auch hier findet das Zukunftsprogramm deutliche Worte und bestätigt, daß die Union die Linie der Vergangenheit mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz, mit dem 6. Strafrechtsreformgesetz (einschließlich der Verschärfung der Sexualdelikte) und dem Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität fortsetzen wird.

Deutlich zu beklagen ist an dieser Stelle die Unverantwortlichkeit der SPD, die sie bei der Verabschiedung der Vorschriften zur Überwachung von Gangsterwohnungen – ein ganz entscheidendes Mittel zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität – an den Tag gelegt hat. Sie hat hier ihr Wort eindeutig gebrochen und das alte Gesicht der Unzuverlässigkeit bei der Kriminalitätsbekämpfung wieder gezeigt. Gemeinsam mit den Grünen und der PDS hat die SPD ein Bündnis geschlossen, mit dem die entscheidenden Vorschriften in letzter Sekunde zu einem stumpfen Schwert gemacht und damit das gesamte Instrument der Wohnraumüberwachung kaputtgemacht worden ist.

● Auch bei der angestiegenen Zahl der Straftaten von Kindern und Jugendlichen darf man sich nicht auf die salvatorische Klausel zurückziehen, daß die Gründe dafür in den gesellschaftlichen Bedingungen liegen und der Staat eben diese Bedingungen für Kinder und Jugendliche zu verbessern habe. Natürlich muß er dies tun, doch dies wirkt allenfalls erst in der Zukunft; gegenwärtig muß jugendlichen Straftätern aber auch mit äußerster Deutlichkeit vom Staat eine Grenze ihres Handelns aufgezeigt werden. Deswegen wird in dem Schäuble-Programm etwa die Unterbringung krimineller Jugendlicher in geschlossenen Heimen gefordert und muß die Verurteilung krimineller Heranwachsender von 18 bis 21 Jahren – ganz entsprechend den diesen zur Verfügung stehenden Rechtspositionen – auch nach Erwachsenenstrafrecht erfolgen.

Auch hier wird eine deutliche Abgrenzung zu SPD und Grünen deutlich: Diese wollen z. B. den Besitz von illegalen Drogen zum Eigengebrauch in Höhe einer gewöhnlichen Wochenration legalisieren, den Drogenhandel zur Finanzierung einer gewöhnlichen Wochenration straffrei stellen und Heroin durch staatliche Stellen kostenlos abgeben. Damit würden Kinder und Jugendliche der Macht der Drogen preisgegeben und würde durch eine scheinbare Entkriminalisierung ihr soziales Abgleiten in eine von Drogen bestimmte Scheinwelt begünstigt, die erst einen Nährboden für kriminelle Handlungen schafft.

● Schließlich darf auch die überdurchschnittliche Kriminalitätsrate ausländischer Straftäter nicht zum Tabuthema werden, nur weil man den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit befürchtet. Der Programm-entwurf wählt den richtigen Ansatz: Die vielen Zehntausende in Deutschland lebender rechtstreuer Ausländer haben ein Interesse daran, daß gerade illegal oder vorläufig im Land befindliche Ausländer, die in Deutschland Verbrechen begehen, hart bestraft werden, d. h. ihr Gastrecht verwirken und abgeschoben werden. Die konsequente Kriminalitätsbekämpfung auch ausländischen Straftätern gegenüber ist ein bisher nicht ausreichend erkanntes Instrument gerade auch zur Integration der in Deutschland friedfertig und rechtstreu lebenden ausländischen Mitbewohner.

3. Wer das Zukunftsprogramm schließlich in seinem Staatsverständnis – im Sinne eines starken aber schlanken Staates – analysiert, der wird hier entscheidende Impulse für die Erschließung neuer Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale und für die Stärkung des Standorts Deutschlands finden. Die wirtschaftliche Dynamik und die Innovationsfähigkeit Deutschlands verlangen nach weniger staatlicher Regulierung und weniger bürokratischem Perfektionismus. Die Union will einen schlanken

ken Staat, der dem Bürger nur die wirklich wichtigen Dinge vorgibt, ihm möglichst wenig Steuern abnimmt und ihm damit Freiraum und Freiheit für eigene wirtschaftliche Initiative läßt.

● Dies war auch und gerade das Leitmotiv des Sachverständigenrates „Schlanker Staat“, der für die Bundesregierung Vorschläge hierzu ausgearbeitet hat. Will man dies auf eine Formel bringen, so wird diese lauten: Innovation plus Rückzug des Staates ergeben neue Wirtschaftspotentiale und Arbeitsplätze. Das hat nichts mit einem als Bedrohungsszenario aufgebauten Neoliberalismus zu tun, sondern bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Freiheit und Eigenverantwortung für den einzelnen und für die Wirtschaft.

● Die Zukunftsvorstellungen der Union sehen folglich nach dem Programmtext eine Rückführung staatlicher Handlungsinstrumente von oben nach unten vor. Dies beginnt mit der Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 39 % und reicht über eine Verringerung der Regelungsdichte durch die Kooperation von Verwaltung und Bürger (Auditierungsverfahren, Standardöffnungsverfahren) bis hin zu einem neuen Verwaltungsverständnis, in dem der Bürger als Kunde und das Verwaltungshandeln als Dienstleistung angesehen wird.

● Auch hier wird der entscheidende Unterschied zum „Staatskonzept“ von SPD und Grünen deutlich. Die Wahlprogramme von SPD und Grünen zeichnen einen Staat, der sich in alles und jedes (sogar in die Häufigkeit der Urlaubsreisen) hineinmischt, der überreguliert und abgeschaffte Steuern wieder einführen will und der durch eine künstliche staatliche Arbeitsmarktpolitik die Wirtschaft knebelt und damit mittelfristig Arbeitsplätze sogar beseitigt. Dieses Bild eines allmächtigen, planenden, lenkenden und dirigierenden Staates, der vermeintliche Gleichheit verspricht, indem er Arbeitsplätze und Gewinne verstaatlicht und diese dann „gerecht“ zuteilt, ist in der

Vergangenheit bereits bekanntlich dramatisch gescheitert. Daraus muß die richtige Lehre gezogen werden: Weniger Staat bedeutet ein Mehr für den Bürger

4. Deutschland braucht neben den bereits begonnenen Schritten Reformen: von der großen Steuerreform über eine Reform unseres föderalistischen Systems (einschließlich der Finanzverfassung und dem Länderfinanzausgleich) bis hin zu einer dringend notwendigen Länderneugliederung. Diese – wohlgermerkt moderaten und das Gesamtsystem unseres Grundgesetzes bewahrenden – staatsorganisatorischen Systemkorrekturen müssen vorhandene Steuerungsprobleme unserer Staatlichkeit beseitigen.

Der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Ausprägung bestraft Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder und bietet keine Anreize, die eigene Finanzleistung zu steigern. Das heute die Finanzverfassung dominierende System der Mischfinanzierung führt zu einem undurchschaubaren Irrgarten der Vermischung von Verantwortlichkeiten, der erfolgreiches und erfolgloses Wirtschaften intransparent macht. Das Grundgesetz geht von einem kooperativen, aber auch wettbewerblichen Föderalismus aus, der Bund und Länder zur Steigerung der Leistungsfähigkeit anregt und nicht die Nivellierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Wirtschaftskraft vorsieht. Eine Konzentration des Bestandes unserer Länder durch eine Neugliederung ist schließlich – aus dieser wirtschaftspolitischen wie auch aus einer gesamteuropäischen Sicht – eine dritte dringende Reformaufgabe.

All dies ist im Zukunftsprogramm der Union – dessen Horizont in der Tat weit über die anstehende Bundestagswahl hinausreicht – enthalten und beantwortet mit der notwendigen Klarheit, aber auch Offenheit und Härte die dringend anstehenden Fragen für die Zukunft Deutschlands. ■

Licht am Ende des Tunnels

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstands, Bundesminister Matthias Wissmann:

1. Die Signale am Arbeitsmarkt sind wieder positiv. Erstmals seit Sommer 1995 ist jeweils in den ersten drei Monaten des Jahres 1998 die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Erfreulich ist auch, daß in Ostdeutschland die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat gesunken ist. Hier erwarten wir die Trendwende für den Sommer dieses Jahres.

Wenngleich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im März noch zu wesentlichen Teilen saisonal bedingt ist, so zeichnet sich jetzt doch eine Trendwende zum Besseren ab. Das Licht am Ende des Tunnels ist zu sehen.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigt: Die konjunkturellen Auftriebskräfte gewinnen die Oberhand, der wirtschaftspolitische Reformkurs der Bundesregierung beginnt zu greifen. Jetzt beginnt sich auszuzeichnen, daß wir auf breiter Front Reformen für Wachstum und Arbeitsplätze gegen teils erbitterten Widerstand von Rot-Grün durchgesetzt haben. Die Weichen für den Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze sind daher gut gestellt.

2. Das wirtschaftliche Umfeld für die deutsche Wirtschaft ist weiterhin günstig und wird sich im Jahresverlauf weiter verbessern. Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland insgesamt wird daher im weiteren Verlauf des Jahres kontinuierlich ansteigen. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wird im Jahresverlauf deutlich rückläufig sein.

Die Restrukturierung der deutschen Industrie hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die industrielle Produktivität ist in 1997 um 7,8% gestiegen. Die Wettbewerbsfähigkeit der international tätigen Unternehmen ist weitgehend wiederhergestellt. Die bisher relativ schwache Inlandsnachfrage wird sich konsolidieren und im Laufe des Jahres weiter zunehmen.

Die Inflationsraten sind auf einem Rekordtiefstand. Das niedrige Zinsniveau wird in diesem Jahr weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. Die Währungsunion wird durch die stärkere Konvergenz eine wirtschaftliche Dynamik auslösen, die gerade auch der deutschen Exportindustrie zugute kommt.

3. Der Wirtschaftsaufschwung und die sich abzeichnende Trendwende am Arbeitsmarkt müssen jetzt durch striktes Festhalten am eingeschlagenen Reformkurs der Bundesregierung forciert werden. An erster Stelle steht dabei die Umsetzung der großen Steuerreform bei der Lohn- und Einkommensteuer mit einem Nettoentlastungsvolumen von 30 Mrd. DM für alle Einkommensgruppen.

4. Besondere Verantwortung für die Beschäftigungsentwicklung tragen aber auch die Tarifpartner, also Gewerkschaften und Arbeitgeber. Sie müssen, stärker noch als in der Vergangenheit, ihre große Verantwortung zur Standortsicherung Deutschlands und der Schaffung neuer Arbeitsplätze wahrnehmen:

- Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist auch weiterhin eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik.

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Trend nach oben bei Lehrstellen

Auch 1998 wird es mehr Lehrstellen geben. Das Engagement der Ausbildungsbetriebe und die Reformen in der Berufsbildung zahlen sich aus. Dies zeigen auch die jüngsten Meldungen vom Lehrstellenmarkt:

- Seit November 1997 werden Monat für Monat mehr Zugänge an gemeldeten Ausbildungsplätzen registriert als im entsprechenden Vorjahresmonat. Damit wird auch in der Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, die Lehrverträge ohne Einschaltung des Arbeitsamtes nicht registriert, eine Trendwende deutlich.
- Die Industrie- und Handelskammern haben bis Ende März 64.580 Verträge und damit ein Plus von 5.480 Plätzen gegenüber dem selben Zeitraum des Vorjahres registriert.
- Arbeitgeber und Gewerkschaften gehen davon aus, daß allein in den vier neuen Berufen der Informations- und Telekommunikationstechnik die Lehrstellen in 1998 auf 8.000 anwachsen werden und innerhalb von drei bis vier Jahren rund 25.000 neue Lehrstellen entstehen.
- Wir brauchen unterhalb der Ebene der branchen- und flächenbezogenen Tarifverträge noch mehr Spielraum für Tarifvereinbarungen, die den Belangen der einzelnen Unternehmen Rechnung tragen. Betriebsvereinbarungen müssen gestärkt werden. Die Tarifparteien müssen daher stärker den regionalen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes, einer größeren Lohndifferenzierung und der beruflichen

Gleichzeitig steigt die Zahl der Bewerber. Die Bundesregierung geht davon aus, daß in diesem Jahr 645.000 junge Menschen eine Lehrstelle suchen. Das sind 10.000 mehr als im vergangenen Jahr. Deshalb müssen alle Beteiligten ihre Anstrengungen fortsetzen, um den Ausgleich auf dem Lehrstellenmarkt zu schaffen:

- Industrie, Handel und Handwerk haben etwa 25.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für 1998 angekündigt. Die Bundesverwaltung wird ebenfalls erneut zulegen.
- Die Bundesregierung hat sich mit Wirtschaft und Gewerkschaften auf einen nationalen Aktionsplan verständigt: Schnelle Ausweisung neuer Berufe, mehr Angebote für praktisch begabte Jugendliche, Reduzierung der Zahl junger Menschen ohne Schul- und Ausbildungsabschluß.
- Besonders angespannt ist der Lehrstellenmarkt in Ostdeutschland. Die Bundesregierung will auch in 1998 eine Gemeinschaftsinitiative mit den neuen Bundesländern für zusätzliche Ausbildungsplätze vereinbaren.

Qualifikation der Arbeitskräfte Rechnung tragen. Hierzu zählen insbesondere: Ausbau von befristeten Arbeitsverhältnissen, Einstiegstarife für Geringqualifizierte, ein stärker branchen- und regionalspezifisch orientiertes Tarifvertragssystem sowie ein massiver Ausbau der beruflichen Weiterbildungssysteme. Dabei müssen Qualifizierungstarifverträge zur arbeitsplatzbezogenen Aus- und Fortbildung künftig eine Schlüsselrolle einnehmen. ■

Arbeitsmarkt im März 1998

200.000 arbeitslose Menschen weniger

In den alten Bundesländern lag die Arbeitslosigkeit mit 3,08 Millionen arbeitslosen Menschen im März 1998 (Quote: 10,0 Prozent) weiterhin unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Damit setzt sich der positive Trend aus dem Januar diesen Jahres in Westdeutschland fort.

„Die Besserung in den alten Ländern hat weitere Fortschritte gemacht; die Verschlechterung in den neuen Ländern ist dagegen noch nicht gestoppt. Die Beschäftigung hat sich im alten Teil des Bundesgebiets weiter stabilisiert; im neuen Teil hat der Beschäftigungsabbau angehalten.“

Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit am 7. April 1998

In den neuen Bundesländern wirken sich jedoch die schwache Baukonjunktur und die im Vergleich zum Westen geringere Exporttätigkeit ostdeutscher Unternehmen aus. Hier sind 1,55 Millionen Menschen arbeitslos (Quote: 20,6). Damit waren 57.000 Menschen weniger als im Februar 1998 ohne Arbeit. Dies sind aber immer noch 182.000 mehr als zwölf Monate zuvor.

Die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – also von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und beruflicher Weiterbildung – nimmt wieder zu. Einen Anstoß hierzu hat die CDU-geführte Bundesregierung mit der Verlängerung des Langzeitarbeitslosenprogramms und mit den finanziellen Umschichtungen zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Jahr 1998 geleistet.

Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote liegt bei 12,1 Prozent (4,62 Millionen

Menschen). Das sind rund 196.000 weniger als Ende Februar 1998, aber noch 146.200 mehr als zwölf Monate zuvor. Der Arbeitsmarkt in Deutschland wurde im Februar 1998 durch 560.000 beschäftigungspolitische Maßnahmen und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen entlastet. Das sind rund 27.000 mehr als im Februar 1998.

Im gesamten Bundesgebiet gab es erfreulich viele Stellenmeldungen: über 40.000

In den letzten Monaten hat die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen zugenommen: Mit einer Fortsetzung der Tendenz ist zu rechnen.

mehr, insgesamt 370.000 Angebote. Es konnten über 307.000 Beschäftigungsverhältnisse begonnen werden. Dies zeigt, der Arbeitsmarkt ist in Bewegung. Außerdem hat sich die Zahl der Erwerbstätigen stabilisiert.

Perspektiven in den neuen Bundesländern genutzt

Seit Jahresbeginn 1998 erfolgte eine starke Nutzung der Maßnahmen zur Förderung von regulärer Beschäftigung in den neuen Bundesländern:

- 32.000 Strukturanpassungsmaßnahmen (Lohnkostenzuschuß)
- 4.000 Eingliederungszuschüsse
- 7.200 Menschen machten sich mit dem Überbrückungsgeld selbständig
- 11.600 Trainingsmaßnahmen

Strafsteuer hilft den Lehrlingen nicht

Zu der von DGB-Vorstandsmitglied Regina Görner prognostizierten Lehrstellenkatastrophe erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Die Schüler in den Abschlußklassen der verschiedenen Schularten 6 Monate vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres mit einer Angstkampagne zu verunsichern, ist sachlich unbegründet und verantwortungslos. Aus Zukunftsangst läßt sich keine Motivation für gute Leistungen im letzten Schulhalbjahr schöpfen.

In der Vergangenheit ist noch jede von DGB und anderen angekündigte Lehrstellenkatastrophe ausgeblieben. Auch 1998/99 werden alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Bewerber eine Lehrstelle bekommen. Ebensowenig wie mit Angstkampa-

gnen lassen sich mit Strafsteuern Lehrstellen schaffen. Der Mittelstand, der Ausbilder Nr. 1 in Deutschland, geht Jahr für Jahr an die Grenze seiner Möglichkeiten, um genug Lehrstellen zu schaffen. Eine Strafsteuer erweitert diese Möglichkeiten nicht, sondern bringt den Betrieb, der aus Kostengründen vorübergehend einmal nicht ausbilden kann, in zusätzliche Schwierigkeiten. Großunternehmen, die ohnehin zu wenig ausbilden, können sich aus der Ausbildungspflicht herauskaufen.

Der DGB beklagt zu Recht den wachsenden staatlichen Anteil an der Berufsausbildung als „schleichende Verstaatlichung der beruflichen Bildung“, will aber gleichzeitig 1,8 Milliarden DM Einnahmen aus der Strafsteuer für Ausbildung zusätzlich staatlich ver-

- 3.700 Bewilligungen für Maßnahmen nach den Langzeitarbeitslosenprogrammen
- 350 Einstellungszuschüsse bei Neugründungen
- 30 Eingliederungsverträge.

Weitere Anstrengungen für mehr Ausbildungsplätze erforderlich

Von Oktober 1997 bis März 1998 haben sich drei Prozent mehr Jugendliche um eine Ausbildungsstelle beworben, insgesamt waren es 624.200. Gleichzeitig sank die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen auf 430.700. Da in den letzten Monaten die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen zugenommen hat und mit einer Fortsetzung dieser Ten-

denz zu rechnen ist, kann mit einer weiteren Zunahme des Gesamtangebots an Ausbildungsstellen gerechnet werden. Vor allem wird sich die Zahl der unvermittelten Bewerber auf Ausbildungsstellen insbesondere durch weitere Stellennmeldungen, Sonderprogramme und die steigende Bereitschaft der Bewerber für Alternativen zur betrieblichen Berufsausbildung – z. B. weiterer Schulbesuch, Besuch von Hoch- und Fachschulen – oder auch zur Aufnahme unqualifizierter Tätigkeiten vermindern.

„Wir brauchen mindestens 30.000 betriebliche Ausbildungsstellen mehr als 1997, um allen Bewerbern ein Angebot machen zu können.“

Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ ist angelaufen

Das Bundesjugendministerium wird bis zum Jahr 2001 ein Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ für benachteiligte Jugendliche mit insgesamt 30 Millionen DM fördern. Bundesjugendministerin Claudia Nolte teilte mit, daß dabei die berufliche und soziale Integration von solchen jungen Leuten im Vordergrund stehe, die aus eigener Kraft kaum dazu in der Lage wären, im Berufsleben Fuß zu fassen.

Insgesamt wurden aus 226 Bewerbungen 23 Projektstandorte ausgewählt, die sich auf unterschiedliche Schwerpunkte konzentrieren. Jeweils acht Projekte befassen sich mit der Integration in Schule und Berufsschule beziehungsweise in sogenannten Jugendhilfebetrieben, sieben Projekte finden in privatwirtschaftlichen Betrieben statt. Alle Projekte sind jetzt angelaufen.

Bundesjugendministerin **Claudia Nolte**: „Junge Menschen brauchen Förderung, Perspektiven und Sicherheit. Deswegen müssen wir ihnen eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglichen. Wir können nicht zusehen, daß sozial benachteiligte junge Menschen auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt werden. Aus diesem Grund habe ich an insgesamt 23 Modellstandorten diese Initiative ins Leben gerufen.“

Der härter werdende Wettbewerb am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt trifft besonders individuell oder sozial benachteiligte Jugendliche. Hinzu kommt, daß in Zukunft Beschäftigungsmöglichkeiten für Ungelernte deutlich abnehmen werden. Daher ist es dringend notwendig, für die Betroffenen entsprechende Hilfestellungen zu geben.

Die Entwicklung von Angeboten zur Integration Jugendlicher in Schule und Berufsschule, die Erprobung marktorientierter und sozialpädagogisch begleiteter Jugendhilfebetriebe, sowie die stärkere Nutzung des Lernorts Betrieb, stellen die Kernpunkte des Modellprogramms dar. Ziel der Projekte ist es beispielsweise, potentielle Schulverweigerer außerhalb der Schule so zu stabilisieren, daß eine Wiedereingliederung in die Schule möglich ist. Im Rahmen des Modellprogrammes sollen für besonders benachteiligte Ju-

Kernpunkte des Modellprogramms: Erprobung von Jugendhilfebetrieben und die stärkere Nutzung des Lernorts Betrieb überhaupt

gendliche privatwirtschaftliche Betriebe als Orte der beruflichen Erstausbildung gefunden werden. Dabei steht die Kooperation zwischen außerbetrieblichen Ausbildungsträgern, privatwirtschaftlichen Betrieben und Berufsschulen in der Benachteiligtenausbildung im Vordergrund.

Von den 23 Standorten des Modellprojektes „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ befinden sich zehn in den neuen und dreizehn in den alten Bundesländern an folgenden Orten:

Aachen, Borken, Breisach, Heiligenstadt, München, Mulde-Collm, Eisenach, Neustadt/Weinstraße, Hamburg, Hannover, Schneeberg/Neustädte, Fürstenwalde, Kassel, Schönebeck, Solingen, Halle, Anspach, Berlin, Weimar, Felsberg, Dortmund, Gießen, Potsdam. ■

Zielgruppe junge Männer optimal erreicht

Der Bundesverteidigungsminister hat die jüngste Informationsaktion der Bundeswehr, die am 27. Februar gestartet wurde und am 5. April zu Ende gegangen ist, als einen herausragenden Erfolg für die Bundeswehr und für die Nachwuchswerbung bewertet.

Volker Rühle: „Die Aktion hat sich gelohnt. Wir haben unser Ziel erreicht. Unsere Informationen waren zielgruppengenau. Im Fernsehen haben wir attraktive Plätze vor allem für junge Leute ausgesucht, etwa während spannender Sportsendungen. Viele haben danach angerufen und interessieren sich jetzt für unsere Bundeswehr. Ich bin zuversichtlich, daß eine große Zahl davon ihren Weg bei uns machen wird.“

Obwohl mit 10,5 Mio. DM rund 5 Prozent weniger Mittel als im Vorjahr zur Verfügung standen, konnte die Anzahl der erreichten Kontakte zur Zielgruppe auf über 20.500 und damit um mehr als 3000 Kontakte im Aktionszeitraum gesteigert werden.

Die meisten Anrufer, die eine Verbindung zu den Ansprechpartnern der Bundeswehr an der Hotline im Bundesministerium der Verteidigung suchten, waren durch die Werbespots in den unterschiedlichsten Programmen des Fernsehens inspiriert worden. Andere Anrufer bezogen sich auf Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, auf Anregungen aus dem Familien- und Freundeskreis und auf Entscheidungen, die durch die Informationsaktionen aktuell maßgeblich beeinflusst worden waren. Auch die Internet-Seiten der Bundeswehr hatten ein lebhaftes Interesse bei den Teenagern gefunden.

Mehr als 7.700 Informationspakete wurden verschickt, in mehr als 720 Fällen wurde eine persönliche Wehrdienstberatung vor Ort vereinbart und über 100 Truppenbesu-

che – bereits in den Osterferien beginnend – organisiert und durchgeführt.

Die überwiegende Mehrheit aller Anrufer drückte Interesse für den Beruf des Soldaten bei der Bundeswehr aus. Dabei lag der Schwerpunkt bei der Laufbahn der Unteroffiziere und Feldwebel. Aber auch die Karrieremöglichkeiten als Offizier wurden vielfach erfragt.

Ende Februar hatte der Bundesverteidigungsminister im Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost in Berlin die Informationsaktion 1998 der Bundeswehr zur Nachwuchswerbung vorgestellt. Im Focus der Fernsehspots und der Anzeigen in

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle bewertet die jüngste Informationsaktion der Bundeswehr als einen herausragenden Erfolg

überregionalen Zeitungen und jugendorientierten Zeitschriften standen junge Berufs- und Zeitsoldaten im Alter zwischen 20 und 35 Jahren, die als frühere Grundwehrdienstleistende ihre Entscheidung, Soldat auf Zeit oder Berufssoldat zu werden, begründeten. Diese Protagonisten verfügten über eine qualifizierte Ausbildung, waren in verantwortungsvollen Führungsverwendungen eingesetzt und schilderten die beruflichen Perspektiven innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Das Konzept stellte Auftrag, Aufgaben und Selbstverständnis der Bundeswehr gegenüber der Öffentlichkeit dar.

Das Informationsangebot nutzten hauptsächlich Fernsehprogramme, die von jungen Männern im Alter zwischen 16 und 19 Jahren wegen der Affinität überwiegend bevorzugt werden.

Was die Linken wirklich wollen

Die Wunschvorstellungen von SPD, Grünen und PDS

Stichwort Abschiebung

SPD will den Asylkompromiß aushebeln: „Das Ausländerrecht ist dahin zu ändern, daß ... auch in Einzelfällen eine Aussetzung der Abschiebung aus humanitären Gründen über die Fälle der §§ 51 bis 53 AuslG hinaus ermöglicht wird. Eine solche Ausnahmeregelung sollte ähnlich wie eine Gnadenentscheidung im Strafrecht ausgestaltet werden, um nicht den Ansatz für langwierige Gerichtsverfahren zu bilden. Auf diesem Weg könnten auch viele Fälle befriedigend gelöst werden, die sonst oft in Kirchenasyl münden, ohne daß eine solche Ausnahmeregelung unter Berufung auf den Asylkompromiß abgelehnt werden könnte.“ (Beschluß der SPD-Bundesparteitages, 2.-4. 12. 1997)

GRÜNE lehnen das geltende Asylrecht generell ab. Daraus ergibt sich die Position zur Abschiebung abgelehnter Asylbewerber: „Abschiebehaft verstößt gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Wir lehnen sie darum ab.“ (Bundestagswahlprogramm)

Nach dem Willen der Grünen sollen die Bundesländer einen für ganze Gruppen und die Gemeinden für Einzelfälle einen Abschiebestopp erlassen können.

Weiter heißt es im Wahlprogramm: „Die Möglichkeit, einen Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz zu erlassen, muß voll ausgeschöpft werden.“

PDS unterstellt, die Bundesregierung habe „mit der von ihr vorangetriebenen Kampagne zu ‚Asyl- und Sozialmißbrauch‘ und ‚Ausländerkriminalität‘ maßgeblich dazu beigetragen, daß eine Atmosphäre der Feindseligkeit“ gegenüber Ausländern entstanden sei (Bundestagswahlprogramm).

Die PDS versteigt sich auch zu der Behauptung, die Abschiebepaxis der Bundesregierung beispielsweise in die Türkei und nach Algerien sei „nicht nur schändlich und inhuman“, sondern sogar „blutig“ (MdB-Presse- dienst Ulla Jelpke, 2. 1. 98).

Die CDU will die zwingende Ausweisung und Abschiebung von Ausländern bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bereits ab einem Jahr – statt bislang ab drei Jahren – (ohne Bewährung).

Die konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern durch die zuständigen Länderbehörden sollte deren illegalen Status in Deutschland beenden. Das Asyl-Card-Verfahren, für das die gesetzliche Grundlage seit langem geschaffen worden ist, ist unverzüglich zu Ende zu führen. Es sind unverzüglich die notwendigen Überstellungsübereinkommen mit anderen Staaten abzuschließen, um verurteilte kriminelle Ausländer gegebenenfalls auch gegen ihren Willen zur Strafverbüßung in das Herkunftsland abzuschicken.

Dem Unwesen der Schlepper und Menschenhändler ist mit Härte entgegenzutreten. Die Beherrschung dieser Problematik durch den demokratischen Rechtsstaat ist eine entscheidende Voraussetzung im Kampf gegen den politischen Rechtsextremismus und von ihm ausgehende gewalttätige Spannungen in der Gesellschaft.

„Arbeit für alle“

Eine Wanderausstellung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die letzte Auffangstation unseres sozialen Netzes ist die Sozialhilfe. Ein Drittel der Sozialhilfeempfänger gibt heute an, daß der Hauptgrund ihrer Sozialhilfebedürftigkeit Arbeitslosigkeit ist.

Von den derzeit etwa 2,7 Millionen Sozialhilfeempfängern in der Bundesrepublik sind etwa 700.000 arbeitsfähig. Sie sind weder alt noch krank und müssen auch keine kleinen Kinder oder pflegebedürftige Familienangehörige betreuen. Für sie müssen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, um sie wieder auf Dauer in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Manche Kommunen haben sich hier beispielhaft engagiert. Andere noch nicht.

Nach neueren Zahlen des Deutschen Städtetages sind schon knapp 200.000 Maßnahmen der „Hilfen zur Arbeit“ im Jahr 1996 durchgeführt worden. Das ist im Vergleich zum Jahr 1993 eine Steigerung von 67 Prozent. Mit einem Beschäftigungsangebot für fast 30 Prozent der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger haben die Kommunen einen beachtlichen Erfolg erzielt. Er sollte Ansporn für weitere Aktivitäten sein.

Wenn dann Jahr für Jahr von den etwa 15.000 Kommunen in Deutschland jede etwa sechs bis sieben arbeitslose Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit bringt, so würde dies 100.000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen.

Für Kommunen rechnen sich die Maßnahmen, die sich je nach Familienstand nach drei bis 24 Monaten durch die eingesparten Sozialhilfegelder bezahlt machen.

Außerdem werden durch die Arbeit Werte geschaffen. Einsatzmöglichkeiten im kommunalen Bereich sind: zum Beispiel im

Bereich von Parkplätzen, Bibliotheken, Schwimmbädern, Kindergärten, Altenbetreuungseinrichtungen und in öffentlichen Verkehrsbetrieben, also Bereichen, die dem Bürger mehr Lebensqualität bringen.

Die Praxis zeigt auf kommunaler Ebene vielfältige Projekte, wie Beschäftigungsförderung konkret vor Ort gestaltet werden kann. Diese Aspekte greift die Wanderausstellung, die von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Ulf Fink initiiert wurde, auf und zeigt insbesondere auch Erfahrungen auf, die in den Vereinigten

Maßnahmen, die sich durch eingesparte Sozialhilfegelder bezahlt machen

Staaten, den Niederlanden und Dänemark gemacht worden sind. Der Blick ist auf den ersten Arbeitsmarkt und neue Beschäftigungsprojekte gerichtet.

Vorgestellt werden die folgenden Projekte:

- Agentur ARBEIT, GmbH, Berlin
- Berufsbildungswerk GmbH (bfw), Berlin
- Leipzig, Betrieb für Beschäftigungsförderung der Stadt Leipzig (bfb)
- Offenbach, Gemeinnützige Offenbacher Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH (GOAB)
- Flörsheim/Main, Arbeitsgemeinschaft Unternehmensgründung, Reintegration von Sozialhilfeempfängern in selbständige Tätigkeitsbereiche der Kleinunternehmenschaft
- Lübeck, Neue Lübecker Wege (NLW). Arge für Ausbildung und Arbeit: NLW im Ausbildungspark Blankensee

- Frankenthal, Zentrum für Arbeit und Bildung e. V.
- Essen, Erste Essener Dienstleistungsagentur (EED), Sozialpartner gGmbH
- Landkreis Osnabrück, Maßarbeit GmbH, Integration GmbH, Kostensenkung in der Sozialhilfe – Von der wirtschaftlichen Hilfe zur aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik
- Emsland, Landkreis Emsland SFB, Meppen, Aktive Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik
- Landkreis Prignitz, Möglichkeiten der Hilfe zur Arbeit im Landkreis Prignitz (Land Brandenburg) nach § 19 BSHG

Die Wanderausstellung „Arbeit für alle – Arbeit ist genug vorhanden“ kann über das Büro von Ulf Fink bei seinem Mitarbeiter Jürgen Schäfers, Tel.: 16-8 30 17, bestellt werden. Da durch den Transport und die Lagerung der Ausstellung nicht unerhebliche Kosten entstehen, wird pro Einsatz voraussichtlich eine Kostenbeteiligung in Höhe von 1 350 DM + Mehrwertsteuer erforderlich.

Außerdem stellt das Büro einen Organisationsleitfaden, eine kurze inhaltliche Handreichung sowie eine Rednerliste zur Verfügung.

Jugendkultur in Dresden

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. bietet vom 4. bis 6. September 1998 in der sächsischen Hauptstadt ein Jugendkulturseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren an. Das interessante Seminarprogramm beinhaltet u. a. eine entdeckende Stadterkundung, einen Besuch in der Semperoper, eine Besichtigung der Dresdener Gemäldegalerie und einen Ausflug zu verschiedenen Schlössern in der näheren Umgebung. Informationen und Programme sind erhältlich bei:



Frischluft e.V.
Annaberger Str. 283
53175 Bonn
Tel. (02 28) 7 31 00 23 oder
per Fax (02 28) 7 31 47 03.

100.000 neue Arbeitsplätze

werden nach einer Schätzung von Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann in relativ kurzer Zeit an den deutschen Flughäfen entstehen. Wenn man den Flughäfen Luft zum Atmen lasse und Platz zum Investieren und Entwickeln, dann würden sie Job-Maschinen werden wie nur wenige andere Dienstleistungssektoren in Deutschland, sagte Wissmann. Er sprach sich außerdem für eine schritt-

weise Privatisierung der deutschen Flughäfen aus. Der Minister wies darauf hin, daß man die riesigen Investitionen an den Flughäfen nicht in erster Linie mit öffentlichen Mitteln finanzieren könne. Eine Privatisierung dürfe nicht übereilt ins Werk gesetzt werden. Privatisierungskonzepte müßten für das Unternehmen und seine Beschäftigten eine erfolgreiche Perspektive bieten.

Die Bundesregierung unterstützt Gemeinden und Städte

Peter Götz, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), verteidigt mit Nachdruck die kommunalfreundliche Politik der unionsgeführten Bundesregierung. Auf einer Oberbürger- und Bürgermeisterkonferenz „Kommunale Leitbilder für Stadt und Region“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn, führte er u. a. aus:

Von den Ländern und auch von den Kommunen wird oft der Vorwurf erhoben, der Bund beschließe Gesetze, die zu Aufgabenverschiebungen zu Lasten der Gemeinden und der Länder führen, ohne die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Dem ist energisch zu widersprechen:

Soweit in den letzten Jahren vom Bund auf die Länder und Gemeinden Aufgabenübertragungen vorgenommen wurden, hat der Bund entsprechende Finanzmittel an die Länder weitergeleitet oder in anderer Form für entsprechenden Ausgleich gesorgt. Dies gilt vor allem für notwendige Investitionen in den neuen Ländern.

In den letzten Jahren hat eine enorme Steuerkraftverschiebung vom Bund auf die Länder stattgefunden. Städte und Gemeinden können davon ausgehen, daß der Bund ihre finanziellen Interessen bei allen Gesetzgebungsverfahren im Auge hatte; es wäre jedoch hilfreich, wenn dies die Länder auch so sehen würden.

Ein wichtiger Schritt für ein modernes Gemeindefinanzsystem ist die arbeits-

marktpolitisch vorteilhafte Abschaffung der Gewerbesteuer seit dem 1. 1. 1998 und die unmittelbare Beteiligung an der Umsatzsteuer. Die Betonung liegt dabei auf „unmittelbar“. Es war die KPV, als parteipolitische Interessenvertretung der Kommunen, die sich erfolgreich und massiv dafür eingesetzt hat, daß die Umsatzsteuer nicht über die Länder, sondern unmittelbar an die Gemeinden geht. Mit dieser Beteiligung kommen die Kommunen in den Genuß einer aufkommensstarken Wachstumssteuer, die dauerhaft zur Gemeindefinanzierung beiträgt.

Ein wichtiger Schritt für ein modernes Gemeindefinanzsystem ist die arbeitsmarktpolitisch vorteilhafte Abschaffung der Gewerbesteuer.

Wir brauchen auch eine Überprüfung, ob die Einheitswerte als Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer nach dem Wegfall von Gewerbesteuer und Vermögensteuer noch richtig ist.

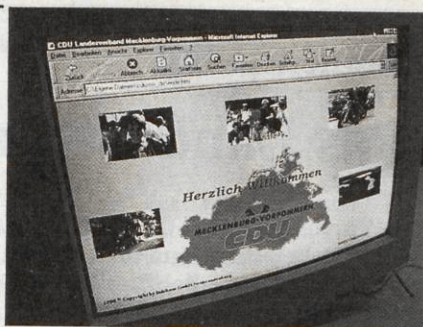
In den letzten Jahren konnte erreicht werden, daß die Sozialausgaben, die die Haushalte der Städte und Gemeinden besonders belasten, nicht weiter steigen. Im Bundesdurchschnitt sind im vergangenen Jahr die Ausgaben für Sozialhilfe gesunken, und zwar um insgesamt mehr als eine Milliarde DM.

Ohne die bundespolitischen Entscheidungen bei der Pflegeversicherung, bei Asylbewerbern, durch die Sozialhilfereform, beim Familienleistungsausgleich oder durch Freistellung des Existenzminimums

<http://www.cdu-mv.de>

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist im Internet präsent. Bereits auf dem 11. Landesparteitag der CDU in Sternberg wurde die Präsentation vorgenommen. Nutzer aus der ganzen Welt können nun auf das umfangreiche Angebot zurückgreifen.

Unter der Internet-Adresse: <http://www.cdu-mv.de> erhalten Interessenten einen Überblick über die CDU Mecklenburg-Vorpommern. Nicht nur Auskünfte über die Mitglieder des Landesvorstandes, auch die Zusammensetzung der CDU-Landtagsfraktion, die Vorstände der CDU-Kreisverbände und der Vereinigungen der CDU sind abrufbar. Daneben gibt es eine Übersicht zur Wahl 1998. Hier wird in Kürze auch das



auf dem Landesparteitag beschlossene Wahlprogramm stehen.

Gerade im Wahljahr ist die aktive Mitarbeit der Bürger unverzichtbar. Deshalb kann man bei der CDU Mecklenburg-Vorpommern nun auch via Internet Mitglied werden. Wichtig ist dem Landesverband die Diskussion mit interessierten Bürgern. Deshalb ist ein Diskussionsforum eingerichtet worden, von dem sicherlich reger Gebrauch gemacht werden wird.

längen die Aufwendungen der Kommunen für Sozialhilfe pro Jahr in Milliardenhöhe über den heutigen Werten.

Eines der bedeutendsten kommunalrelevanten Gesetze in dieser Legislaturperiode ist das neue Energiewirtschaftsrecht. Die Kommunalpolitiker der Unionsfraktion konnten die meisten Anliegen der Kommunen durchsetzen:

- Die Höhe der Konzessionsabgabe, die in vielen kommunalen Haushalten eine nicht unbeträchtliche Summe ausmacht, konnte gesichert werden.

- Zur Stärkung der Stadtwerke im Wettbewerb wurde als Wettbewerbsalternative das Alleinabnehmermodell eingeführt. Danach behält das örtliche Versorgungsunternehmen als Alleinabnehmer die umfassende Versorgungszuständigkeit.

Das Alleinabnehmermodell ist zunächst bis 2003 befristet. Eine Verlängerung hängt davon ab, ob es sich als wettbewerbspolitische Alternative in der Praxis bewährt. Dafür ist entscheidend, daß die Kommunen das Alleinabnehmermodell auch anwenden und nutzen können. Das setzt voraus, daß die Länder die erforderliche Genehmigung zum Alleinabnehmer zügig und unbürokratisch durchführen und in der Kommunalverfassung das Recht der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung dem neuen Energiewirtschaftsrecht anpassen.

Notwendiger Rahmen geben

Der Ball ist jetzt bei den Ländern, ob in der wettbewerbsorientierten Energiewirtschaft die Anliegen der Kommunen berücksichtigt werden. Der Bund hat den notwendigen Rahmen gegeben. ■

Sicherheitspolitik:

Das Land ist auf richtigem Kurs

Baden-Württemberg hat die niedrigste Kriminalitätsbelastung und die zweitbeste Aufklärungsquote aller Bundesländern. Die Polizei steht gut da, und ihre Arbeit kann sich sehen lassen. Um auch künftig diese Spitzenposition des Landes zu erhalten, bleibt die innere Sicherheit ein Schwerpunkt der Politik der Landesregierung.

Polizei ist beim Bürger präsent

Ein wichtiger Schritt zu noch mehr Sicherheit und Ordnung für die Bürger in Baden-Württemberg ist die neue Polizeireform. Ihr Ziel: mehr Bürgernähe und Wirtschaftlichkeit polizeilicher Arbeit. Dazu werden im gesamten Dienststellen-netz der Landespolizei Organisationsstrukturen verschlankt und Hierarchien abgebaut. Allein mit organisatorischen Maßnahmen werden in den operativen Bereichen der Polizei an der Basis 1.500 Polizistinnen und Polizisten mehr zur Verfügung stehen. Alle Maßnahmen zusammen bringen rund 4.000 Beamtinnen und Beamte massiv dorthin, wo die Bürger sie brauchen.

Zielgerichtete Präsenz je nach Sicherheitslage

Im Land eingeführt wird ein computergestütztes Steuerungsinstrument, das der Polizei ein ständig aktualisiertes, jederzeit abrufbares örtliches Lagebild bietet. So werden die Brennpunkte der Kriminalität sichtbar. Der Dienst der Polizei wird sich noch stärker als bisher an den besonders ereignisreichen Zeiten in den späten

Nachmittags- und Abendstunden orientieren.

Baden-Württemberg – mit Sicherheit in Ordnung

Die Polizei des Landes wird sich künftig an der Leitlinie „Baden-Württemberg – mit Sicherheit in Ordnung“ orientieren. Das Acht-Punkte-Programm zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung stellt das Sicherheitsbedürfnis der Bürger in den Mittelpunkt und sorgt dafür, daß die Polizei schnell und massiv vor Ort ist. Schwerpunkte des Programms in Stichworten: Konsequente Fortführung der Kommunalen Kriminalprävention, gezieltes Vorgehen gegen Ordnungsstörungen, zeitnahe Strafe, schnelle Abschiebung ausländischer Intensivtäter und Aufbau des Sicherheitsbundes zwischen der Landespolizei und dem Bundesgrenzschutz.

Chefsache Kommunale Kriminalprävention

Nach den positiven Erfahrungen der Pilotprojekte und der landesweiten Umsetzungsempfehlung durch Innenminister Thomas Schäuble haben bis heute weit über 70 Kommunen im Land rund 150 örtliche Projekte zur Vorbeugung von Kriminalität initiiert. Optimal ist es, wenn sich Lenkungs-gremien mit allen für Sicherheitsfragen zuständigen Behörden der Kommunalen Kriminalprävention an einen Tisch setzen und Bürgermeister oder Landräte die Kommunale Kriminalprävention zur Chefsache machen.

Nachspiel der „Chaostage“:

Land zahlt 165.000 Mark für Plünderung

Die „Chaostage“ 1995 von Hannover haben für das Land Niedersachsen jetzt ein teures Nachspiel. Für die Plünderung eines Supermarktes durch Punker wird das Land dem Rewe-Konzern 165.000 Mark Schadenersatz zahlen.

Ein Sprecher des Innenministeriums bestätigte einen Bericht der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse“, nach dem sich beide Seiten auf einen entsprechenden Vergleich geeinigt haben. Der Konzern hatte vom Land ursprünglich rund 330.000 Mark verlangt. Die Polizei hatte bei den „Chaostagen“ Anfang

August 1995 der Plünderung und Verwüstung des Supermarktes tatenlos zuzusehen. Die Staatsanwaltschaft Hannover stellte dazu vor kurzem fest, die Polizei hätte das Ausrauben des Geschäftes verhindern müssen.

Während der „Chaostage“ hatten sich rund 1.500 Punker vier Tage lang gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Dabei wurden etwa 240 Beamte und 200 Punker verletzt. Das Innenministerium bezifferte den Sachschaden seinerzeit auf rund 550.000 Mark. Es wurden 269 Strafverfahren eingeleitet.

Das Sicherheitsbedürfnis steht im Mittelpunkt

Gewaltdelikte auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Rauschgift- und Jugendkriminalität – die Entwicklung in diesen Bereichen beeinträchtigt das Sicherheitsempfinden der Menschen besonders. Folglich steht das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung im Mittelpunkt der täglichen Polizeiarbeit. Dies geschieht mit zielgerichteten, an die jeweilige Situation orientierten Schwerpunktinsätzen, personenbezogenen Ermittlungen gegen Intensivtäter und durch den Einsatz von speziellen Ermittlungsgruppen der Schutz- und Kriminalpolizei. Dazu kommen ein verstärkter Außendienst und Fußstreifen sowie der vermehrte Einsatz der Bereitschaftspolizei.

Kampf der Drogenszene

Die Polizei wird Drogenszenen bereits im Entstehen durch ein konsequentes Einschreiten verhindern, um die Sogwirkung

der Rauschgiftszene auf junge Menschen sowie die Straßen- und Beschaffungskriminalität zu reduzieren. Solche Drogenszenen sind nicht nur im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten relevant, sondern sie sind Kristallisationspunkt von Gewalt und Kriminalität.

Unsere Elektronischen Adressen:

- **INTERNET:**
<http://www.cdu.de>
- **T-ONLINE:** *CDU#
- **X 400:** c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund
- **E-MAIL:** post@www.cdu.de

Meilenstein politischer Kommunikation

Christoph Böhr: Die CDU öffnet ihren Parteitag einer breiten Öffentlichkeit

„Mit einem modernen und zeitgemäßen Parteitag hat die CDU Rheinland-Pfalz als erste Partei Abschied von herkömmlichen Parteitagsveranstaltungen genommen. Durch die breite Öffnung des Parteitages für die Öffentlichkeit wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ermöglichen, sich an der politischen Diskussion zu beteiligen.“

Dies erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende Christoph Böhr im Vorfeld des 48. Landesparteitages der CDU Rheinland-Pfalz.

Einen einwöchigen Landesparteitag hat die CDU Rheinland-Pfalz am 20. April gestartet. Er steht unter dem Motto „Zukunft – menschlich – Rheinland-Pfalz – CDU“. Im Mittelpunkt des Leitantrages des CDU Landesvorstandes: Arbeit und Innovation, Themen, die in vier regiona-

len Forenveranstaltungen diskutiert werden sollen.

Zu diesen Veranstaltungen

- Mehr Arbeit durch Existenzgründungen
- Mehr Arbeit durch den Mittelstand
- Mehr Arbeit durch neue Technologien
- Mehr Arbeit durch den EURO

sowie zum Landesparteitag am 24. und 25. April in Mainz sind interessante Experten eingeladen. Am 24. April: Zukunftsminister Jürgen Rüttgers.

Die Höhepunkte des 48. Landesparteitages der CDU Rheinland-Pfalz können auch live im Internet verfolgt werden. Unter der Adresse:

<http://www.cdu-live.de>

bietet die CDU Rheinland-Pfalz erstmals auf einem Parteitag diesen Service. Die Reden sind einen Monat lang abrufbar.

Überhangmandate bleiben verfassungskonform

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner neuen Entscheidung zur Frage der Nachbesetzung von direkt gewählten Abgeordneten in Bundesländern, in denen Überhangmandate bestehen, einen eher seltenen Ausnahmefall abweichend von der seit 1953 geltenden Rechtsauslegung geregelt.

Die Zulässigkeit von Überhangmandaten wird durch die Entscheidung nicht in Frage gestellt.

Der Deutsche Bundestag wird sich mit dem Beschluß befassen und überprü-

fen, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind. Ziel der Beratungen wird es sein, so schnell wie möglich den Vorgaben der neuen Rechtsprechung zu diesem speziellen Punkt im Wahlrecht Rechnung zu tragen. Gerade im Hinblick auf die konstitutive Bedeutung des Wahlrechts für unsere Demokratie verbieten sich hier aber Schnellschüsse.

Andreas Schmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU: Die Union wird eine von allen Fraktionen getragene Lösung anstreben.

Argumente

Warum
die SPD

Deutschland nicht regieren kann

1 Die SPD verspricht in ihrem Wahlprogramm milliarden schwere Wahlgeschenke:

- weniger Steuern und Abgaben,
- mehr Kindergeld,
- die Mittel für Bildung, Forschung und Wissenschaft sollen verdoppelt,
- die Sozialabgaben gesenkt werden,
- die Nettolöhne sollen steigen,
- ein üppiges System von Lohnkostenzuschüssen soll Arbeitslose in Lohn und Brot bringen, und
- die Renten sollen unabhängig von der demographischen Entwicklung steigen.

Es gibt an keiner Stelle des SPD-Wahlprogramms eine saubere Rechnung, die erkennen ließe, wie diese Versprechen bezahlt werden sollen. Die SPD bleibt den Nachweis schuldig, woher das viele Geld kommen soll, das sie braucht, um ihre Geschenke finanzieren zu können.

Das Wahlprogramm gleicht einem Warenhauskatalog ohne Preisangaben. So etwas ist genauso unseriös wie ein ungedeckter Scheck.

Es muß doch nachdenklich machen: In sieben Regierungsjahren hat Gerhard Schröder 26 Milliarden

Mark Schulden gemacht. Die Schulden seiner Vorgänger: in 44 Jahren insgesamt 37 Milliarden Mark.

2 Die SPD bezeichnet den Abbau der Arbeitslosigkeit als oberstes Ziel. Aber sie schlägt eine Politik vor, die zwangsläufig zu mehr Arbeitslosigkeit führen muß:

- Bei einem Spitzensteuersatz von 49 Prozent wird kaum ein ausländischer Investor sein Geld in Deutschland anlegen wollen. Wir brauchen aber Investoren, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Die vorgesehene Rücknahme der beschäftigungsfreundlichen Neuregelung des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall würde die Lohnzusatzkosten wieder in die Höhe treiben und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Betriebe schwächen.

3 Die SPD verspricht in ihrem Wahlprogramm, sie werde mit allen Mitteln für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität sorgen.

Tatsache ist: Die SPD hat bisher mit den Grünen und einmal zusammen mit der PDS alles daran gesetzt, gesetzliche Verbesserungen im Kampf gegen das Verbrechen zu verhindern oder zu verwässern:

- Das Verbrechenbekämpfungsgesetz wurde von ihr aufgeweicht.
- Die Einführung eines Haftgrundes zur Sicherung der Hauptverhandlung wurde von der SPD jahrelang verschleppt.
- Die akustische Wohnraumüberwachung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wurde von den SPD-regierten Ländern mit so vielen Ausnahmen versehen, daß für faule Tricks Tür und Tor offen stehen.

Im übrigen: Wie kommt es, daß das von Schröder regierte Niedersachsen eine um 30 Prozent höhere Kriminalitätsrate als Bayern (CSU) und Baden-Württemberg (CDU) hat und die Aufklärungsquote dort um 30 Prozent niedriger ist?

4 Die SPD verspricht in ihrem Programm „gerechte Steuern und solide Finanzen“. Die Wahrheit ist: Das SPD-Steuerkonzept ist weder gerecht noch solide.

- Der Eingangsteuersatz soll auf zunächst 21,9 Prozent abgesenkt werden. Die CDU schlägt eine sofortige Absenkung auf 15 Prozent vor. Irgendwann einmal will die SPD auch dahin kommen.
- Der Höchststeuersatz soll nach den Plänen der SPD auf 49 Prozent festgelegt werden. Die CDU will 39 Prozent. Das ist leistungsfreundlicher und gerechter.
- Die SPD will eine Mindestbesteuerung einführen und hohe Privatvermögen besonders hoch besteuern.

Das Wahlprogramm der SPD gibt im übrigen nicht zu erkennen, bei welcher Summe ein „hohes Privatvermögen“, wie sie es nennt, beginnt.

Angesichts der teuren Versprechungen, die die SPD macht, muß bereits ein durchschnittlich verdienender Facharbeiter befürchten, daß sein Fleiß durch diese Steuer bestraft wird.

5 Das Wahlprogramm der SPD ist eine Luftbuchung. SPD pur gibt's nicht. Es gibt sie allenfalls im Doppelpack mit den Grünen. Aber die SPD gibt keine Auskunft darüber, wie ein rot-grünes Regierungsbündnis funktionieren soll.

● **Die SPD will**, „daß in Deutschland auch in Zukunft die besten Autos der Welt produziert werden“. **Die Grünen wollen** den Benzinpreis auf fünf Mark hochschrauben.

● **Die SPD befürwortet** Auslandseinsätze der Bundeswehr, **die Grünen lehnen diese ab**. Die Grünen haben erst unlängst auch den EU-Reformvertrag von Amsterdam abgelehnt.

Gerade in einer Zeit, in der Deutschland eine starke, handlungsfähige und verlässliche Regierung braucht, können wir uns eine Koalition des vorprogrammierten Dauerstreits nicht leisten.

Gerade in einer Zeit, in der die inneren Strukturen unseres Kontinents neu geformt werden, dürfen nicht politische Kräfte Einfluß gewinnen, die zur Gestaltung der internationalen Beziehungen unseres Landes nichts beizutragen haben.

Rot-Grün bietet kein Konzept für eine sichere Zukunft Deutschlands.

RCDS fordert zum Studium in den neuen Ländern auf

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) startet zum Beginn des Sommersemesters eine Informationskampagne „Wo man den Professor noch persönlich kennt – im Osten viel Neues“ über das Studium in den neuen Bundesländern.

3000 Gymnasien in West-Deutschland werden in den kommenden Wochen über die guten Studienbedingungen in den fünf neuen Ländern informiert. Zusätzlich werden zehn Reisen zu Hochschulen in den neuen Ländern verlost.

Bei Umfragen unter Studenten schneiden die Ost-Hochschulen hervorragend ab, genauso in der technischen Ausstattung und der Relation Professoren zu

Studenten. Dennoch werden weiterhin Studienplätze unter besseren Bedingungen nicht angenommen. So wurden beispielsweise in Greifswald von den vergebenen 100 juristischen Studienplätzen nur 20 angenommen. Das sei paradox, drückte der neue RCDS-Bundesvorsitzende Fabian Magerl sein Unverständnis aus. Magerl weiter: „Es ist mir völlig unklar, warum die Mehrheit der deutschen Abiturienten weiter in die überfüllten Hochschulen des Westens streben. Acht Jahre nach der Wiedervereinigung gehört kein Mut dazu, in den Osten zu gehen, sondern nur ein klarer Verstand!“

Siehe auch: ARGUMENTE zum Studium in den neuen Bundesländern UiD 7/1998.

Die Junge Union Hamburg sucht möglichst zum 1. Juni 1998 eine/einen

Landesgeschäftsführer/in

Aufgaben:

- Vorbereitung und Organisation aller Veranstaltungen und Aktionen des Landesverbandes,
- Unterstützung der Kreisverbände bei ihren Veranstaltungen,
- Gestaltung der Internetseiten des Landesverbandes,
- Abwicklung des Zahlungsverkehrs.
- Unterstützung und Koordination der Arbeit der Funktions- und Mandatsträger des Landesverbandes,
- Vorbereitung von Verschickungen.

Anforderungen:

- abgeschlossene Ausbildung oder

einen Studienabschluß,

- möglichst Verbandserfahrung,
- überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft und Flexibilität,
- die Bereitschaft, erfolgsorientiert und selbständig zu arbeiten,
- EDV-Erfahrung; insbesondere mit Windows 95, MS Word, MS Access und in der Gestaltung von Internet-Seiten.

**Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen, Paßbild, Gehaltsvorstellungen und frühestmöglichem Eintrittsdatum bis zum 20. Mai 1998 an:
Junge Union Hamburg,
Leinpfad 74,
22299 Hamburg.**

Neues im Versandzentrum

● Neu: Canvassing-Stehtisch

Sicherlich ist es Ihnen aufgefallen, daß bei Veranstaltungen durch Stehtische ein lockeres Ambiente entsteht; ein ansteuerbarer Punkt, an dem man sich „festhalten“ kann, an dem man schnell ins Gespräch kommt. Durch diesen direkten Kontakt zu den Bürgern, bei dem sich keiner hinter einer Theke verstecken kann, schaffen Sie schnell eine angenehme Gesprächs-Atmosphäre.

Kombiniert mit dem CDU-Sonnenschirm, ist der CDU-Stehtisch ein weithin sichtbarer Werbeträger. Aufgrund seiner Zerlegbarkeit ist der Stehtisch mobil jederzeit auch in Fußgängerzonen einsetzbar. Der Durchmesser der Tischplatte beträgt 85 cm.

Bestell-Nr.: **0348**

Verpackungseinheit: 1 Tisch

Preis je Tisch: 98,00 DM



● CDU-Sonnenschirm

Bestell-Nr.: **0458**

Verpackungseinheit: 1 Schirm

Preis je Schirm: 75,00 DM



● Europa-Sonnenschirm

Bestell-Nr.: **0541**

Verpackungseinheit: 1 Schirm

Preis je Schirm: 75,00 DM

Neuer Preis für CDU-Schaukasten

Die Preise für den CDU-Schaukasten und Zubehör ändern sich zum 1. 5. 1998 wie folgt:

CDU-Schaukasten: 460,00 DM

Ständergarnitur: 165,00DM

Beleuchtungsgarnitur: 100,00 DM

alle Preise zzgl. MwSt. und Versand





**Wir sind
an Ihrer
Seite**

Informationen für Aussiedler
Информация для аусидлеров

**Мы на
Вашей
стороне**

CDU



Argumentationshilfe

**Argumente statt
Unterstellungen**

Zur Kampagne des DGB
und seiner Einzelgewerkschaften
„Deine Stimme für Arbeit und
soziale Gerechtigkeit“

Stand: März 1999

CDU

● **Kunststofftragetasche „CDU“**

Bestell-Nr.: 9322

Verpackungseinheit: 250 Expl.

Preis je 250 Expl.: 29,90 DM

● **Faltblatt: Frauen-Rente**

Bereits ab dem 1. 7. 98 bringt das Rentenreformgesetz deutliche Verbesserungen für erziehende Mütter und Väter. In der Rentenreform 1999 werden z. B. nunmehr Erziehungszeiten stufenweise bis zum Jahr 2000 mit 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten in der Rentenversicherung bewertet. Dieses Faltblatt der Frauen-Union beantwortet Ihre Fragen zu den Neueregungen 1999 und nennt Ihnen kompetente Ansprechpartner in Ihrer Nähe.

Bestell-Nr.: 2339

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

● **Wir sind an Ihrer Seite, Broschüre**

Die neueste Auflage dieser Informationsbroschüre für Aussiedler ist zweisprachig in deutsch und russisch gedruckt. Sie enthält nicht nur wichtige Infos über die Grundpositionen der CDU zum Thema Aussiedler, sondern im Anhang auch nützliche Adressen von Institutionen, bei denen Aussiedler weitere Unterstützung und Informationen erhalten können.

Bestell-Nr.: 5331

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 39,00 DM

Argumente statt Unterstellungen

Diese Broschüre kann in Einzel-exemplaren kostenlos (solange Vorrat reicht) bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der FAX-Nr.: 02 28/5 44-4 82 angefordert werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Fußball-WM-Kalender

Bestell-Nr.: 2349
Verpackungseinheit:
250 Expl.
Preis je 250 Expl.: 30,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt.
und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Vermold
Fax (0 54 23) 4 15 21

E-Mail:

georg.simon@bertels-
mann.de

(*Bei Bestellungen bis zu
einem Warenwert von 50 DM
wird eine Versandkosten-
pauschale in Höhe von 5 DM
erhoben.)



UiD

13 / 1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Joerg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon:
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89, Verlagsleitung: Bernd Pro-
fittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-50
(BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM
Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.